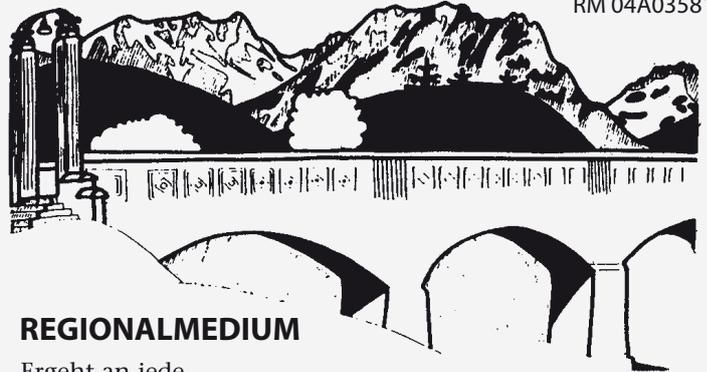


TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 11, November 2019



REGIONALMEDIUM

Ergeht an jede
Postabgabestelle in Trofaiach und Vordernberg

Aus dem Landtag

KPÖ-Anträge auf die lange Bank geschoben

Die KPÖ hat in der nun zu Ende gehenden Landtagsperiode zahlreiche Anträge eingebracht. Viele wurden von den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP auf die "lange Bank" geschoben und nicht zur Abstimmung gebracht. Offenbar wollen SPÖ und ÖVP dazu nicht Stellung beziehen. Dazu einige Beispiele:

Die Lehrlingsentschädigungen sind von Branche zu Branche unterschiedlich. Bei manchen Berufen sind die Lehrlingsentschädigungen extrem niedrig. Deshalb fordert die KPÖ eine gesetzliche Mindestlehrlingsentschädigung. Der Antrag wurde im **Mai 2015** eingebracht und von SPÖ und ÖVP bisher nicht behandelt.

Viele Mieterinnen und Mieter leiden unter den oft teuren Maklerprovisionen, wenn sie eine neue Woh-

nung mieten. Die KPÖ fordert, daß die Provision für die Vermittlung von Mietwohnungen ausschließlich von den Vermietern zu tragen ist. Auch dieser Antrag „ruht“ seit **Oktober 2015** im Landtag und wurde bisher von SPÖ und ÖVP nicht zur Abstimmung gebracht.

Die Geschäftemacherei mit dem Grundbedürfnis Wohnen nimmt zu. Die ständig steigenden Kosten fürs Wohnen am privaten Wohnungsmarkt treffen

immer mehr Menschen. Um der Wohnungsmisere entgegen zu wirken, hat die KPÖ den Antrag eingebracht eigene Wohnbau-Förderkontingente für den kommunalen Wohnbau vorzusehen, damit die Gemeinden wieder vermehrt selbst günstigere Gemeindewohnungen bauen können. Der Antrag wurde von der KPÖ im **Juni 2019** eingebracht und bisher nicht behandelt.

Bereits im **August 2018**

hat die KPÖ eine Novelle des Hebeanlagengesetzes gefordert. Damit soll ausgeschlossen werden, daß die Mieter und Eigentümer von Wohnungen mit älteren Liftanlagen bei deren Sanierung über Gebühr zur Kasse gebeten werden können. Durch derzeit unklare gesetzliche Bestimmung werden die notwendigen Sanierungen oft übererfüllt und somit die Kosten in die Höhe getrieben.

WAHLKAMPFKOSTENLIMIT: Auf Antrag der KPÖ ohne schleichende Erhöhung

Im steirischen Landtag wurde einstimmig beschlossen, daß die Wahlkampfkosten bei Landtagswahlen künftig eine Million Euro pro Partei nicht mehr übersteigen dürfen. Auf Drängen der KPÖ wurde die ursprünglich vorgesehene automatische jährliche Erhöhung dieses Betrages um die Inflationsrate fallengelassen.

Dadurch wird verhindert, daß der Betrag von Wahl zu Wahl ansteigt. „Solange wichtige Leistungen für die steirische Bevölkerung, wie die Wohnunterstützung oder der Heizkostenzuschuß, nicht auch automatisch von Jahr zu Jahr erhöht werden, wäre eine derartige Erhöhung bei den Wahlkampfkosten nicht vertretbar“, so KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg.

Werner Murgg



WIR LASSEN UNS
NICHT KAUFEN!

IN DER STEIERMARK KPÖ

Interview mit Werner Murgg

„Es braucht Menschen mit Rückgrat und Prinzipien!“

Die „Trofaiacher Nachrichten“ sprachen mit Landtagsabgeordneten Werner Murgg über Vorschläge und Ideen der KPÖ. Werner Murgg kandidiert bei der Landtagswahl am 24. November wieder an vorderer Stelle.

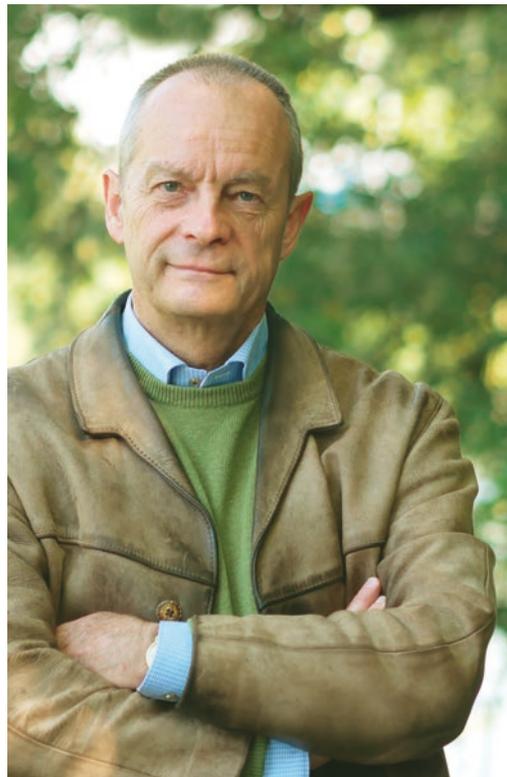
Worum geht es der KPÖ im Landtag? Was sind Eure Hauptanliegen?

Werner Murgg: Für uns ist es wichtig, daß es im Landtag eine Stimme gibt, die ohne Wenn und Aber auf der Seite der Menschen steht, die keine Lobby haben, auf Seiten der einfachen Arbeiter und Angestellten und der vielen Pensionistinnen und Pensionisten, die mit jährlichen Pensionserhöhungen weit unter der Teuerungsrate abgespeist werden. Da spielen die Wohnkosten, die Frage der Energiepreise – Strom, Gas, Fernwärme – aber auch die Preise für den öffentlichen Verkehr eine wichtige Rolle. Das sind unsere Themen.

Und natürlich die Gesundheitspolitik. Wenn man SPÖ und ÖVP nicht in den Arm fällt, sind weitere Spitalsabteilungen, ja ganze Spitäler – aktuell im Bezirk Liezen – von der Schließung bedroht. In Leoben wurde bekanntlich gegen unsere Stimmen die Toraxchirurgie geschlossen und die Unfallchirurgie nach Bruck transferiert.

Bei den Wohnkosten konntet Ihr ja einiges erreichen?

Werner Murgg: Das stimmt. Die SPÖ-Landesrätin hat die Wohnbeihilfe abgeschafft und durch eine schlechtere Wohnunterstützung ersetzt. Da haben wir die Betroffenen mobilisiert und im Landtag Druck gemacht. Dadurch konnten einige Verschlechterungen



zurückgenommen werden. Auch das Thema „leistbare Energiepreise“ bringe ich im Landtag immer wieder zur Sprache. Es kann nicht sein, daß die mehrheitlich im Besitz des Landes befindliche Energie Steiermark nur auf die Dividende schaut und fallende Strompreise nicht an die Haushalte weiter gibt. A propos Strompreise. Jeder Haushalt zahlt bei seiner Stromrechnung eine Ökostrompauschale. Die wird immer teurer. In der jüngsten Landtagssitzung wurde die Förderung für die Biomasseanlagen verlängert. Dazu haben wir als einzige Partei nein gesagt. Schon jetzt zahlen die Haushalte rund die Hälfte

der Ökostromförderung, obwohl sie nur 25 Prozent des Stroms verbrauchen.

Was sagt Ihr eigentlich zur Arbeitswelt? Hier nimmt der Druck zu und in vielen Branchen ist die Bezahlung miserabel.

Werner Murgg: In der Arbeitswelt herrschen vielfach bereits „Wild-West-Methoden“. Unterlaufen der Kollektivverträge, Sozialdumping durch Arbeitskräfte die aus Drittstaaten entsendet werden, unbezahlte Überstunden oder zu wenig Urlaubsgeld gehören vielfach leider

zur Arbeitsalltag. Wir haben beispielsweise den 12-Stunden-Tag im Landtag thematisiert und eine Resolution dagegen eingebracht. Obwohl die SPÖ und ihre Gewerkschafter dagegen trommeln, hat die SPÖ unsere Resolution abgelehnt. Einzig und allein aus Angst, daß ihr die ÖVP die Zusammenarbeit aufkündigt. Deshalb ist es ja gerade so wichtig, daß Menschen mit Rückgrat und Prinzipien im Landtag sitzen! Selbstverständlich fordern wir auch einen Mindestlohn, von dem man ordentlich leben kann.

Derzeit redet alles über die angebliche Klimakrise. Was sagt Ihr dazu?

Werner Murgg: Daß sich das Klima ändert – nicht zugunsten der Menschheit – ist evident. Die Frage ist, was man dagegen tun kann. Damit meine ich: Welche Maßnahmen können wir setzen, um die Auswirkungen für die Menschheit möglichst gering zu halten. Eine CO₂-Abgabe, wie sie die Grünen vorschlagen, lehnt die KPÖ ab. Die einfachen Menschen werden schon genug geschröpft. Was wir brauchen ist ein Ausbau alternativer Energieformen und im Verkehr deutliche Beschränkungen. Ich meine da vor allem den transnationalen LKW-Verkehr. Der gehört Großteils auf die Bahn. Aber hier verbietet uns die EU eine Regulierung. Die Frage ist, was wir im Landtag machen können: Zum Beispiel billigere Ticketpreise beim öffentlichen Verkehr oder eine andere Raumordnung, bei der das sinnlose Zubeetonieren endlich unterbunden wird.

Die SPÖ entdeckt ja gerade das Thema Wohnen und sprudelt nur so vor neuen Ideen...

Werner Murgg: Ein Sprichwort sagt: „Am Abend wird der Faule fleißig!“ Die SPÖ ist bei der letzten Landtagswahl stärkste Partei geworden und hat den Landeshauptmann an die ÖVP verschenkt. Seit viereinhalb Jahren läßt sie sich von der ÖVP am Nasenring durch die Manege ziehen. Wenn sie jetzt, ein paar Wochen vor der Wahl, mit neuen Vorschlägen kommt frage ich mich: Warum habe ich während der letzten Jahre davon nichts gehört? Es gilt auch diesmal: Wer SPÖ wählt, bekommt Schützenhöfer.

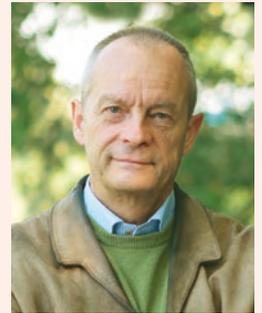
MEINUNG

Nicht für dumm verkaufen lassen!

Erinnern wir uns an 2015. Franz Voves wurde Erster und hat den Landeshauptmann an die ÖVP verschenkt. Wer die Politik der SPÖ im Landtag während der letzten viereinhalb Jahre aufmerksam verfolgt hat, käme nicht auf die Idee, daß es sich dabei um den Wahlsieger von 2015 gehandelt hat. Die Linie gibt Landeshauptmann Schützenhöfer vor, die Sozialdemokratie spielt das Beiwagerl. Schickhofer & Co. haben alle Streichorgien der Landesschwarzen willfährig

mitgetragen: Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe, Zusperrern vieler Volksschulen, Schließung von Spitalsabteilungen, ja ganzer Spitäler; gegen den 12-Stunden-Arbeitstag im Landtag zu protestieren, hat sich die SPÖ nicht getraut. Da läßt man sich lieber über viereinhalb Jahre von der ÖVP im Landtag vorführen, statt wenigstens einmal Flagge zu zeigen. Nun posaunt Schickhofer jede Woche eine neue Forderung hinaus, die er nach der Wahl gerne umsetzen würde. Warum hat er das bisher nicht

gemacht? Schließlich ist die SPÖ im Landtag stärkste Kraft. Lassen Sie sich bitte nicht für dumm verkaufen. Wie 2015 gilt auch diesmal: Wer SPÖ wählt bekommt Schützenhöfer!



Werner Murgg,
Landtagsabgeordneter der KPÖ

„Masterplan Bahntrasse“ von KPÖ, ÖVP und FPÖ aus guten Gründen abgelehnt!

In der Septembersitzung des Gemeinderates wurde lediglich mit den Stimmen von SPÖ und Grünen der „Masterplan“ zur zukünftigen Gestaltung der Trofaiacher Bahntrasse beschlossen. KPÖ, ÖVP und FPÖ äußerten Bedenken und stimmten diesem Maßnahmenpaket nicht zu. Laut SPÖ spiegle dieses 55-seitige Konvolut, welches von der Wiener Beratungsfirma Nonconform verfaßt wurde, die Ideen der am Bürgerbeteiligungsprozeß beteiligten Bürger und der dazu eingeladenen Schulklassen wider und soll über einen langfristigen Zeitrahmen umgesetzt werden. Die KPÖ bezeichnete diesen Masterplan als „Taschenspielertrick“

und warf der SPÖ vor, damit durch die Hintertür eine regelbetriebene Bahn für alle Zukunft verhindern zu wollen. Sie stellte auch die Seriosität des durch die Firma Nonconform veranstalteten Beteiligungsprozesses in Frage, weil der Wunsch zahlreicher an dieser Bürgerbeteiligung teilnehmenden Trofaiacherinnen und Trofaiacher, nach Trofaiach in Zukunft auch wieder eine regelbetriebene Bahn zu

ermöglichen, mit keinem einzigen Wort erwähnt wird. Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer zu SPÖ-Bürgermeister Mario Abl: „Diese Vorgangsweise ist nicht fair den Trofaiacherinnen und Trofaiachern gegenüber, die ihre Ideen und Vorschläge zu einer personenbefördernden Regelbahn eingebracht haben!“ Auch von FPÖ-Seite kam Kritik, ihr fehle es an konkreten Ansätzen. FPÖ-Gemeinderat Thomas Ecker

„Dieser Masterplan ist ein Bilderbuch, da sind Bilder von Amerika und Australien abgebildet! Außerdem sprengen die hier angedachten Maßnahmen den Kostenrahmen der Gemeinde!“ Auch die ÖVP sah den Masterplan skeptisch. ÖVP-Stadtrat Erich Temmel hinterfragte die noch ausständige Eigentumsübertragung der Trasse an die Gemeinde und die fehlende Kooperation mit dem Vordernberger Bürgermeister.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842/22670, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortlicher Chefredakteur: Vzbgm. Gabi Leitenbauer. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ bietet
Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich
unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Interview mit KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer und KPÖ-Gemeinderat Dr. Christian Weiß zum Thema „Masterplan über die Zukunft der Bahntrasse“

Trofaiacher Nachrichten: Die KPÖ hat gemeinsam mit ÖVP und FPÖ gegen den Masterplan „Bahntrasse“ gestimmt. Was waren die Gründe?

Gabi Leitenbauer: Es wäre für uns ein nie wieder gutzumachender Fehler gewesen, diesem Masterplan zuzustimmen. Trotzdem unterstützen wir selbstverständlich einiges was da drinnen steht. Beispielsweise den Ausbau des Radweges neben der Bahntrasse oder die Realisierung von anderen kleinen Projekten an den Nebenflächen der Trasse, wie von den teilnehmenden Schülern oder von Trofaiacher Bürgern vorgeschlagen wurde. Dazu hätte es aber keinen sündteuren, von einer privaten Firma erstellten Masterplan gebraucht. So eine Ideensammlung hätte man als Gemeinde auch anders organisieren können! Den Ausbau des Trofaiacher Radnetzes fordert die KPÖ schon seit vielen Jahren.

Was uns jedoch sauer aufstößt ist folgendes: In diesem Masterplan wurde festgeschrieben, daß die Bahntrasse im Norden unseres Stadtgebietes baulich so adaptiert werden soll, daß für alle Zukunft ein schienengebundener Regelpersonenverkehr - damit auch eine S-Bahn - ausgeschlossen wird.

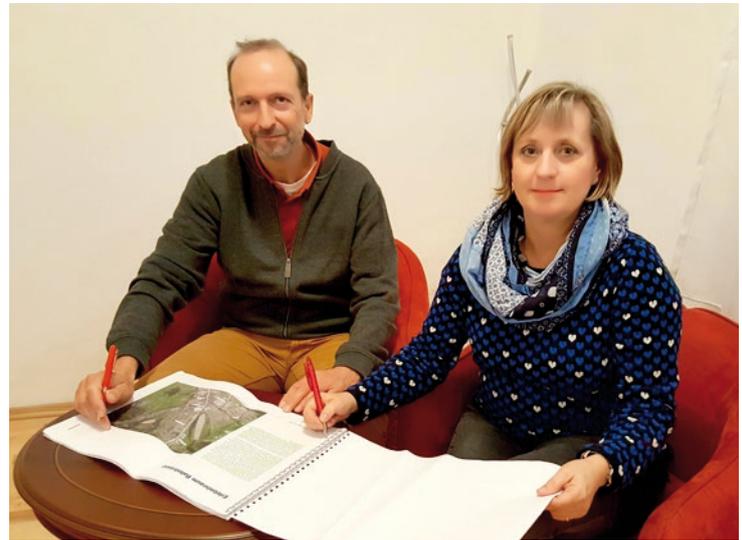
Aber in diesem Masterplan steht, daß zukünftig die Infrastruktur für eine Erweiterung des Bahn-Netzes erhalten und Trofaiach an das weltweite Schienen-Netz angeschlossen bleibt.

Dr. Christian Weiß: Anscheinend will man die Bevölkerung für dumm verkaufen. Ein paar Seiten weiter steht, die Bahninfrastruktur soll so verändert werden, daß die Strecke

durch Trofaiach zukünftig nur mehr mit Schrittgeschwindigkeit befahren werden könnte und die bestehenden Schienen durch „Velo“-Schienen ersetzt werden sollen. Weiters wird ausdrücklich festgehalten, daß, um die vielleicht zukünftig zu errichtenden Investitionen in den Erholungsbereich entlang der Bahntrasse nicht rückbauen zu müssen, die Bahn ab einer Endhaltestelle weiter in Richtung Norden nicht mehr als Vollbahn verkehren könnte. Fahren könnte somit zukünftig nur mehr eine Tourismusbahn. Eine Nutzung der Bahntrasse für eine S-Bahn würde durch solche Baumaßnahmen für alle Zukunft verunmöglicht werden.

Viele Trofaiacherinnen und Trofaiacher – das sah man beim Bürgerbeteiligungsprozeß – wünschen sich explizit den Erhalt des Schienennetzes in Trofaiach. Was ist Eure Erfahrung aus Bürgergesprächen?

Gabi Leitenbauer: Das kann ich nur bestätigen. Mein Kollege Christian Weiß und ich wissen aus vielen persönlichen Gesprächen: Viele Trofaiacherinnen und Trofaiacher haben sich an diesem Bürgerbeteiligungsprozeß gerade auch deshalb beteiligt, um ihrem Wunsch nach einer S-Bahn Gehör zu verschaffen. Sie wollen unter allen Umständen, daß die Infrastruktur der Bahntrasse technisch so erhalten bleibt, um vielleicht in Zukunft die S-Bahn auch zu uns nach Trofaiach zu führen. Eigenartig finde ich, daß von diesem Wunsch kein einziges Wort in dem Masterplan zu finden ist. Es wird der Bevölkerung nur vorgegaukelt, daß die Bahntrasse in diesem Sinne erhalten bleibt. Die Vorgangs-



weise der Trofaiacher SPÖ ist in diesem Punkt zutiefst unehrlich.

Seit Jahren gehen die Verantwortlichen damit hausieren, daß die Bahntrasse in Trofaiach in einem sehr schlechten baulichen Zustand sei und Millionen verschlingen würde, wen man diese wieder befahrbar macht. Stimmt das?

Dr. Christian Weiß: Es war ein kaum wieder gutzumachender Fehler, daß die Verantwortlichen die Bahntrasse fast 20 Jahre verkommen ließen. Aber erst vor kurzem hat sich gezeigt, daß sie trotz dieses Vergehens erstaunlicherweise noch immer in einem sehr guten Zustand ist. Sie wurde für eine Katastrophenübung unter anderem auch mit City-Shuttle-Waggons ohne Probleme befahren. Auch der Obmann des Vereins Erzbergbahn hat bei der Gemeinderatssitzung mitgeteilt, eine Vermessung am Gleiskörper bei einer Probefahrt habe ergeben, daß die Strecke in einem Top-Zustand sei und man sie mit einer 50 Tonnen Lok befahren könne. Einzig die Brückenhölzer der beiden Brücken in Hafning und einzelne Schwellen wären zu sanieren. Die

Strecke habe die höchste Spezifikation, man würde auf ihr alles fahren können, sie entspräche einer normalen Hauptstreckenauslastung, so der Obmann der Erzbergbahn. Den Plan, die Strecke nun für einen zukünftigen Vollbetrieb quasi unbrauchbar zu machen, wäre unserer Meinung nach ein weiterer, nicht wieder gut zu machender Fehler. In anderen Regionen hingegen finden Revitalisierung und Ausbau von schienengebundenen Personenverkehr statt.

Ist der Masterplan auch noch aus anderen Gründen zu kritisieren?

Gabi Leitenbauer: Er beinhaltet hunderte Ideen, teilweise realisierbare, teilweise aber auch sehr kostspielige Vorschläge, die, sollten sie je wirklich realisiert werden, Unsummen kosten würden. Geld, das der Gemeinde woanders fehlen würde. Viele dieser Vorschläge werden allein schon aus finanziellen Gründen wahrscheinlich nie verwirklicht werden. Das weiß auch die Trofaiacher SPÖ. Trotzdem gaukelt sie der Bevölkerung vor, alle diese Projekte errichten zu wollen. Das finden wir unehrlich!

Nach der Nationalratswahl: Mit Kurz ist keine Änderung in Sicht

Die vergangene Nationalratswahl hat die politische Landschaft in Österreich verändert. Die Gefahren für unsere sozialen Errungenschaften sind nicht kleiner geworden. Im Gegenteil: Durch die Stärkung der Kurz-ÖVP haben die Unternehmerverbände weiter freie Bahn, um den schwarz-blauen Wirtschaftskurs weiterzuführen.

ÖVP und FPÖ haben nach wie vor die Mehrheit. Mehr noch: In der FPÖ haben nach dem Strache-Fiasco offenbar die Kräfte um den oberösterreichischen Landeshauptmannstellvertreter Haimbuchner, die der Industriellenvereinigung nahe stehen, das Kommando übernommen. Geht es mit der FPÖ nicht mehr, weil Kurz einen offenen Konflikt mit den liberalen Eliten Österreichs und deren Mainstreammedien scheut, stehen Grüne und SPÖ bereit,

vorausgesetzt sie springen über den ihnen von Kurz vorgehaltenen, sprichwörtlichen Stecken. Gerade für die Grünen könnte das zu einer ernststen Belastungsprobe werden, denn die Kurz-ÖVP ist nach wie vor ihren Groß Spendern aus Industrie und Hochfinanz über alle Maßen verpflichtet. Die SPÖ wurde zerrieben und fuhr das schlechteste Wahlergebnis seit 1945 ein. Die Arbeiter und Angestellten fragen sich zu Recht, wofür die SPÖ eigentlich steht. Sicher nicht

für eine konsequente Interessenvertretung der arbeitenden Menschen!

Mehrheit für 12-Stundentag?

Es gibt im Nationalrat immer noch eine Mehrheit für die Politik, die uns den 12-Stundentag, die Verschlechterungen bei der Mindestsicherung, die Zerschlagung der Sozialversicherung und das Zurückdrängen von Gewerkschaft und Arbeiterkammer aus wichtigen Einrichtungen gebracht hat. Gleichzeitig melden Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer ihre Forderungen an: Mit dem Etikett „Standortpolitik“ soll der bisherige Weg von Schwarz-Blau weitergegangen werden. Wie hat es Kurz auf seinen Plakaten formuliert? „Unser Weg hat

erst begonnen“. Die ÖVP hat unmittelbar nach der Wahl klar gemacht, daß sie bei der Umsetzung von Wirtschaftsinteressen nicht nachgeben wird.

Was auf dem Spiel steht

- Auf dem Spiel steht das umlagefinanzierte Pensionssystem. Hier wären auch die gestärkten Neos dabei, ist doch gerade dieses über Jahrzehnte bewährte System den radikal-neoliberalen „Pinken“ seit jeher ein Dorn im Auge.
- Es geht darum, wer die Kosten der Pflege trägt.
- Man will das Mietrecht im Sinne der Hausherrn ändern.
- Die Rechte der arbeitenden Menschen sollen weiter zurückgedrängt werden.
- Wenn es zur nächsten Wirtschafts- und Finanzkrise kommt, würden Banken und Konzerne wieder geschont und die Lasten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Was tun?

Es kommt darauf an, diesem Kurs Druck von unten entgegenzusetzen. Die Bewegung für den Erhalt einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung im Bezirk Liezen hat die Politik unter Druck gesetzt. Oder die Bewegung für die Abschaffung des Pflegeregresses: Sie hat seinerzeit die Landesregierung gezwungen den unsozialen Regress abzuschaffen. Die Gewerkschaft wäre gut beraten, jetzt nicht auf Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zu setzen, sondern die Kraft der arbeitenden Menschen zu demonstrieren. In der Steiermark hätte die Stärkung der KPÖ bei der Landtagswahl am 24. November in diesem Sinne eine positive Signalfunktion!

DER VERGLEICH

So stimmten die Parteien im steirischen Landtag:

MACHT SICHER

	KPÖ	SPÖ	ÖVP	FPÖ	DIE GRÜNEN
Politiker-Bezüge um 30 Prozent senken	✓	✗	✗	✗	✗
Spitals-Schließungen aufhalten	✓	✗	✗	✓	✗
Nein zum 12-Stunden-Arbeitstag	✓	✗	✗	✗	✓
Geschäftemacherei mit Pflegeheimen stoppen	✓	✗	✗	✗	✗
300-Euro-Jahreskarte für die Steiermark	✓	✗	✗	✗	✓
Miet-Obergrenze für alle Wohnungen	✓	✗	✗	✗	✓

Und wie stimmen Sie am 24. November?

Dafür setzt sich die KPÖ ein:

Arbeit von der man leben kann

Trotz Arbeit haben immer mehr Menschen nicht genug Geld zum Leben. Sie können sich gerade das Notwendigste leisten. Diejenigen, die noch ordentliche Löhne und Gehälter beziehen, sind vermehrtem Arbeitsdruck und Billiglohnkonkurrenz ausgesetzt. Dazu tragen wirtschaftsfreundliche EU-Gesetze wie die Entsenderichtlinie bei. Sie machen es möglich, daß dem Sozialdumping Tür und Tor geöffnet werden. Das ist der eigentliche Skandal in unserem Land.

Die KPÖ setzt sich ein für:

- Löhne, Gehälter und Pensionen, von denen man leben kann.
- Zurückdrängung von Leiharbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen.
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.



„Neben meinem Studium habe ich lange als Taxifahrer gearbeitet. Ich weiß, was lange und unregelmäßige Arbeitszeiten bedeuten.“

Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter

Öffentliches Eigentum nicht verkaufen

Krankenhäuser, Pflegeheime, Kraftwerke, Industriebetriebe, die Landesbank, Straßen, Wohnungen: Vor den Privatisierern ist nichts sicher. Wenn alles verkauft ist, hat die Politik kaum noch Handlungsspielräume und begibt sich in die vollständige Abhängigkeit von mächtigen Kapitalgruppen. Viele EU-Regelungen zielen darauf ab, öffentliche Dienstleistungen für den freien Markt zu öffnen.

Die KPÖ fordert:

- Ausbau von öffentlichen Eigentum statt Ausverkauf.
- Keine PPP-Modelle, die privaten Investoren Gewinne verschaffen und der öffentlichen Hand Verluste beschern.

Wohnen darf nicht arm machen

Österreich ist bei der Preisexplosion beim Wohnen trauriger Spitzenreiter in der EU. Nicht nur die Mieten steigen, auch die Betriebskosten werden immer teurer. Da sind die Gemeinden die Preistreiber: Denn die Gebühren für Wasser, Kanal und Müllabfuhr werden im Gemeinderat, meist einzig gegen die Stimmen der KPÖ, erhöht.

Die KPÖ fordert:

- Einführung von Obergrenzen für Mieten, um den Mietwucher zu unterbinden.
- Errichtung von Wohnungen, die sich die Menschen leisten können.
- Keine befristeten Mietverhältnisse.
- Abschaffung von Maklerprovisionen für Mieterinnen und Mieter.

Gesundheit für alle zugänglich und leistbar

Unter dem Vorwand, das Gesundheitssystem sei zu teuer, wird die medizinische Versorgung im ländlichen Raum Jahr für Jahr verschlechtert. In Liezen sollen Spitäler geschlossen werden, in Leoben wurde die Thorax-Chirurgie nach Graz und die Unfallchirurgie nach Bruck verlegt.

Die KPÖ fordert:

- Mehr Kassenärzte. Die Steiermark ist Schlußlicht bei Kassenstellen in Österreich; die Versorgung darf nicht von Privat- und Wahlärzten abhängig sein.
- Verkürzung der Wartezeit bei Operationen, mehr Personal in den Spitälern.
- Keine Kürzung der Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen.



Neue Runde im Almförderungsstreit – wo bleibt die politische Verantwortung?

Österreich drohen laut EU – Rechnungshof weitere Millionenzahlungen wegen falsch berechneter Almflächen. Seit 2001 gibt es Differenzen zwischen der EU-Kommission und der heimischen Bauernschaft über die exakten Angaben bei der Vermessung der Almflächen.

Digitalisierung und neue Meßmethoden führten zu unterschiedlichen Werten, die für die Höhe der Fördermittel relevant sind. Nach früheren Rückforderungen von 3,6 Millionen Euro wurde heuer laut EU-Rechnungshof eine Rückforderung von 9,4 Millionen Euro für die Jahre 2016 und 2017 an Österreich gerichtet. Doch die Kommission hat mittlerweile ein neues Prüfverfahren für 2018 eingeleitet, wo wei-

tere Millionenforderungen fällig sein dürften. Der EU-Rechnungshof argumentiert so, daß die Rechtsunsicherheit für die Landwirte andauert: „Da liege ein systemisches Versagen der Republik Österreich vor“. Es gehe immerhin um einen risikobehafteten Betrag von 50 Millionen Euro.

Schon 2009 drohte die EU Österreich mit Strafzahlungen von 64 Millionen. Damals suchten die politisch Verantwortlichen, allen voran der ÖVP Landwirtschaftsminister, in ihrer Panik den Schuldigen bei den Almbauern. Den Bauern wurde vorgeworfen, sie hätten sich mit falschen Flächenangaben unrechtmäßige EU-Förderungen erschlichen. Das dies gar nicht möglich war, beweist eine chronologische Sachverhaltsdarstellung zum Almfächenkonflikt von 2005 bis 2014. Darin

wird nachgewiesen, daß die ca. 6.000 betroffenen Almbauern zu Unrecht wegen zu hoher Flächenangaben verleumdet, angeklagt und mit hohen Rückforderungen und teils hohen Geldstrafen konfrontiert wurden. Durch einen eklatanten Systemfehler bei der AMA, dem Landwirtschaftsministerium und den ausführenden Landwirtschaftskammern wurden die Almbauern zu Schuldigen.

In der Unfähigkeit, die Ursache für die EU-Strafe in den Behörden zu finden, wurden die Bauern zu Schuldigen gemacht. Schon 2013 bewies ein Rechtsgutachten der Universität Innsbruck, daß die Errichtung eines richtigen Vermessungssystems Aufgabe der staatlichen Behörden und die Übertragung von Systemfehlern auf die Förderungswerber unzulässig sei. Hier wird von den Bauern etwas gefordert, daß sie

gar nicht erfüllen können. Die Almbesitzer können sich nur auf offizielle Messungen stützen.

Bei den neuen EU-Strafzahlungen muß man sich fragen, wo die politische Verantwortung liegt. Was jetzt in Wahlzeiten von den Bauernbundfunktionären den Bauernfamilien erzählt und versprochen wird, läßt folgenden Schluß zu: Politische Funktionäre kennen ihr eigenes System nicht. Sie wissen offenbar nicht, daß sie im herrschenden System als Doppelfiguren tätig sind und deshalb die Bauerninteressen gar nicht mehr vertreten können. Fast alle unter ihnen sitzen, neben ihrer Tätigkeit als Bauernvertreter, in Landesregierungen, Molkereien, Banken oder der Agrarmarkt Austria. In diesem Systemkonflikt sind ihnen die Hände gebunden.

Bernd Kaufmann

Zeit nehmen zum Durchlesen!

Eigentlich selbstverständlich: Bevor man ein Schriftstück unterschreibt, liest man es durch. Sonst kann es zu bösen Überraschungen kommen, wie im Fall von Frau P. Einen Monat nach Auszug aus der Wohnung wurde ihr von der Hausverwaltung mitgeteilt, daß ihr wegen verschiedener Reparaturen in der Wohnung ein größerer Betrag von der Kautionsabgezogen wird.

Begründet wurde dies unter anderem mit einem von Frau P. unterfertigten Übergabeprotokoll. Danach befragt, erzählte Frau P. in der Sprechstunde der KPÖ-Mieterberatung, man hätte sich während der Woh-

nungsübergabe mündlich darüber geeinigt, daß die Wohnung in einem ordnungsgemäßen Zustand ist. Anschließend unterfertigte sie auf dem Handy des Mitarbeiters der Hausverwaltung das darauf erstellte Übergabeprotokoll. Frau P. hat es aus verschiedenen Gründen nicht durchgelesen: Zum einen sei die Schrift auf dem Handy viel zu klein gewesen, zum anderen hätte sie darauf vertraut, daß das Protokoll das mündlich Besprochene beinhalte. Die von Frau P. geschilderte Situation ist leider kein Einzelfall. Insbesondere digital erstellte Schriftstücke werden oft nicht durchgelesen, bevor sie unterfertigt werden. Doch genau das muß man tun, will man später

keine Überraschungen erleben. Jeder seriöse Vermieter bzw. Verwalter oder Makler wird Ihnen die Zeit geben, das Dokument durchzulesen und - wenn nötig - auch die Schrift auf dem Display vergrößern.

Genau studieren

Lesen Sie insbesondere Schriftstücke, die Ihre Wohnung betreffen, genau durch, bevor Sie sie unterschreiben. Verstehen Sie

Passagen nicht, holen Sie sich Rat bei einer Beratungsstelle. Jeder seriöse Vermieter wird Ihnen dazu eine Kopie des Dokuments aushändigen.

Sollten Sie Fragen zum Thema Wohnen und Mieten haben, stehen Ihnen Stadtrat Werner Murgg und die KPÖ-Leoben gerne zur Verfügung (03842/22670).



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



**Die KPÖ bietet
Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben**

Interessenten werden gebeten, sich
unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

Beratungskosten explodieren!

Seit Jahrzehnten werden politische Entscheidungen der Landesregierung von privaten Beraterfirmen beeinflusst. Für vermeintlich oder tatsächlich unabhängige Expertisen wird sehr viel öffentliches Geld ausgegeben. Die Summen sorgen immer wieder für Kopfschütteln. Auch in der zu Ende gehenden Landtagsperiode wurden von SPÖ- und ÖVP-Regierungsbüros rund 15 Millionen Euro ausgegeben.

Die KPÖ tritt für eine deutliche Senkung dieser Beratungskosten ein. KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg kämpfte in der vergangenen Periode als Vorsitzender des Kontrollausschusses gegen diesen Beratungs-Dschungel und erzwang eine Offenlegung der Kosten. „In manchen einzelnen Fällen mag es sinnvoll sein, auch eine Expertise von außen zu holen. Aber meist werden parteinahe Firmen und Personen mit Aufträgen versorgt, die genau so gut in den Abteilungen des Landes erledigt werden könnten. Wenn die Abteilungen zu wenig Personal haben, wäre es höchst

an der Zeit dort aufzustocken.“ Am meisten haben Landeshauptmann Schützenhöfer (ÖVP) mit 4,3 Millionen, Gesundheitslandesrat Drex-

ler (ÖVP) mit 3,5 Millionen und Finanzlandesrat Anton Lang (SPÖ) ebenfalls mit 3,5 Millionen Euro ausgegeben.

Was uns auf- und einfällt...

... daß einige Lügenbolde der Trofaiacher SPÖ wieder einmal zugeschlagen haben. So geht die SPÖ damit hausieren, daß die KPÖ bei der letzten Gemeinderatssitzung gegen ein soziales Kinderkrippenmodell gestimmt habe. Das Gegenteil ist der Fall: Nachdem die SPÖ ein ganz und gar nicht sozial gestaffeltes Gebührenmodell zum Beschluß vorlegte – eine alleinstehende Mutter mit einem sehr geringen Einkommen würde demnach für eine 9-stündige Betreuung Ihres Kindes 177 Euro im Monat bezahlen – stellte die KPÖ selbst einen Antrag, ein tatsächlich sozial gestaffeltes Gebührenmodell in Anlehnung an das Landes-Gebührenmodell für Kindergartenkinder zu beschließen. Dagegen stimmte – wie zu erwarten – auch die SPÖ.

Weiterhin kein günstiges Steiermark-Ticket

Zur Entlastung der Pendlerinnen und Pendler will Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer (SPÖ) nun, knapp vor der Wahl, eine Jahreskarte für 300 Euro einführen. Das hätte die SPÖ als stärkste Partei im Landtag seit Jahren in der Hand gehabt. Geschehen ist aber nichts.

Derzeit kostet ein Jahresticket für die Zonen Bruck bis Graz beispielsweise 1.395 Euro, ein steiermarkweit gültiges Ticket kostet über 2.250 Euro. Die KPÖ fordert ein Top-Ticket für alle, denn auch für Seniorinnen und Senioren gibt es keine vergünstigte Jahreskarte. Dieses Ticket sollte um 300 Euro erworben wer-

den können. Der Antrag der KPÖ blieb allerdings in der Minderheit.

Trotz der hohen Ticketpreise werden die Tarife im Verkehrsverbund Jahr für Jahr über der Teuerungsrate erhöht. Die meisten Bundesländer bieten Jahreskarten zu einem deutlich niedrigeren Preis als in der Steiermark. Das „Top Ticket für alle“ zum Jahrespreis von 300 Euro wäre ein attraktives Angebot zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr. Deshalb müßte die deutliche Vergünstigung des Öffentlichen Verkehrs, wie sie von der KPÖ in Graz durchgesetzt wurde, auch auf Landesebene höchste Priorität haben.



Josef Wilhelmer
GUTSCHEIN
für 1 Portion

1/2 GRILLHENDL

um 2,90



FRISCH • SCHNELL • TRADITIONELL

Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben oder

Pulverstraße 3, 8793 Trofaiach

Pro Person und Einkauf nur ein Gutschein einlösbar!

Gültig bis 20. Dezember 2019

